



## **Niederschrift**

über die 25. Sitzung des Stadtrates vom  
23.10.2007

**Anwesend:**

siehe Anwesenheitsliste

**Vorsitz:**

Bürgermeister Richard Borgmann  
(Sitzungseröffnung)

Josef Weiland  
(ab TOP 1)

Zu der Sitzung war unter Mitteilung der Tagesordnung am 12.10.2007 eingeladen worden.

Die Einberufung der Ratssitzung erfolgte gem. § 47 Abs. 1 GO i. V. m. § 1 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Lüdinghausen auf Antrag der Fraktionen der SPD und der FDP.

In der Sitzung wurde eine ergänzende Sitzungsvorlage zu TOP 1) Situation des Lüdinghauser Krankenhauses verteilt.

Die Sitzung fand im Kapitelsaal der Burg Lüdinghausen, Amthaus 14, 59348 Lüdinghausen, statt.

**Beginn:** 19:05 Uhr

**Ende:** 20:50 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Stadtrat beschlussfähig ist. Er weist auf die Befangenheitsproblematik hin.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Situation des Lüdinghauser Krankenhauses
  - Antrag der SPD-Fraktion vom 03.10.2007
  - Antrag der FDP-Fraktion vom 08.10.2007
  - Vorlage: FB 1/126/2007
  - Vorlage: FB 1/126/2007/1
2. Berichte
3. Anfragen

Öffentlicher Teil:

- TOP 1) Situation des Lüdinghauser Krankenhauses**
- **Antrag der SPD-Fraktion vom 03.10.2007**
  - **Antrag der FDP-Fraktion vom 08.10.2007**
  - Vorlage: FB 1/126/2007**
  - Vorlage: FB 1/126/2007/1**

Bürgermeister Borgmann, Stv. Schlütermann und Stv. Dr. Waldt erklären sich für befangen und nehmen an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil. Sie stehen als Mitglieder des Kuratoriums des St.-Marien-Hospitals für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung. Stv. Weiland übernimmt die Sitzungsleitung.

Herr stellv. Bürgermeister Weiland begrüßt Herrn Dr. Peter Nölke und Herrn Franz-Bernhard Tenberge vom Kuratorium des St.-Marien-Hospitals. Er bittet Herrn Dr. Nölke um einen Bericht zur Situation des Krankenhauses.

Herr Dr. Nölke berichtet, dass die Öffentlichkeit vor ca. einem Monat durch eine Pressemitteilung über die geplanten Veränderungen informiert worden sei. Durch das neue Entgeltsystem würden kleinere Krankenhäuser benachteiligt. Das Lüdinghauser Krankenhaus erwirtschaftete z. Zt. ein hohes Defizit. Insbesondere die Abteilung Gynäkologie und Geburtshilfe könne aufgrund der niedrigen Fallpauschalen für Geburten nicht mehr wirtschaftlich geführt werden. Die Abteilung werde deshalb zum 01.04.2008 geschlossen und eine neue Abteilung für Akut-Geriatrie mit der Perspektive, diese durch eine geriatrische Rehabilitation zu ergänzen, aufgebaut. Das Kuratorium sei davon überzeugt, dass dies der einzig gangbare Weg sei, das Krankenhaus zu erhalten. Mit der Franziskus-Stiftung Münster und den Vestischen Caritas-Kliniken Datteln habe das Krankenhaus nun zwei starke Partner für die Zukunft gefunden.

Stv. Schwarzenberg erkundigt sich nach dem Verhandlungsgang und nach möglichen Alternativen.

Herr Dr. Nölke erklärt, dass das Kuratorium schon seit vielen Jahren versuche, durch Kooperationen oder durch die Beantragung weiterer Abteilungen die Basis für das Krankenhaus zu verbessern. Diese Bemühungen seien jedoch daran gescheitert, dass mögliche Partner entweder vorher abgesprungen seien oder noch weiterreichende Veränderungen verlangt hätten. Das Krankenhaus sei auch nicht gerade umworben worden. Eine Ausweitung der medizinischen Hauptabteilungen sei von den Krankenkassen und der Landesplanung abgelehnt worden.

Auf Anfrage von Stv. Schweer erklärt Herr Dr. Nölke, dass es keinen Spielraum für weitere Verhandlungen gebe. Er warne davor, „das Fass noch einmal aufzumachen“. Das Krankenhaus könne dann mit leeren Händen dastehen. Die Initiatoren müssten dafür dann nicht nur die politische, sondern auch die wirtschaftliche Verantwortung übernehmen.

Stv. Spiekermann-Blankertz kann die Schließung einer Abteilung, die so einen guten Ruf habe und auch steigende Zahlen verzeichne, so nicht hinnehmen. Dies würde auch durch die ca. 6.500 Unterschriften der Lüdinghauser Bürger und die vielen Leserbriefe bestätigt. Er befürchte den Verlust der mittelzentralen Funktionalität. Durch die unzureichende Informationspolitik der Verantwortlichen seien alle vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Auch sei verschwiegen worden, dass die umliegenden Krankenhäuser bereits Klage gegen die Einrichtung der Geriatrie-Abteilung erhoben haben. Die Doppelfunktion von Bürgermeister Borgmann als Kuratoriumsmitglied einerseits und als Bürgermeister und Mitglied des Rates auf der anderen Seite sehe er kritisch. Er halte deshalb an seiner Rücktrittsforderung aus dem Kuratorium fest, da Bürgermeister Borgmann in diesem Fall nicht mehr die berechtigten Interessen der Bürger vertrete. Dem stimmt Stv. Kehl zu. Bei einem Austritt hätte Bürgermeister Borgmann schon früher andere Möglichkeiten gehabt. Seiner Ansicht nach fehle zu dem ganzen Thema auch eine Stellungnahme des Bistums.

Herr Dr. Nölke entgegnet, dass Bürgermeister Borgmann nicht aufgrund seiner Funktion als Bürgermeister in das Kuratorium aufgenommen worden sei. Das Kuratorium unterliege zudem der ständigen Kontrolle der Stiftungsaufsicht.

Auch für die Fraktion der Grünen sei die Bekanntmachung zunächst ein Schock gewesen, so Stv. Mönning. Zu einer flächendeckenden Grundversorgung gehöre für ihn auch eine gynäkologische Abteilung. Da es jedoch aufgrund der wirtschaftlichen Situation keine reelle Chance zum Erhalt der Abteilung gebe, ein Ausgleich durch das Land nicht erfolge und auch die Lohnverzichte der Beschäftigten des Krankenhauses keine Dauerlösung darstellen könnten, sei die geplante Strukturveränderung unter den gegebenen Umständen das Beste. Er kritisiere jedoch auch die Informationspolitik. Seiner Ansicht nach hätten die Fraktionen bei den Verhandlungen eingebunden werden müssen. Auch die Öffentlichkeit sei zu spät informiert worden. Die sehr emotionale Reaktion der Bevölkerung sei deshalb nur verständlich. Auch die Rolle von Landrat Püning sei dubios. Bei der Informationsveranstaltung des Kuratoriums habe er sich noch für den Erhalt der gynäkologischen Abteilung ausgesprochen.

Als Sprecher der CDU-Fraktion bedauert auch Stv. Schweer den Verlust der Abteilung Gynäkologie und Geburtshilfe, zeigt sich aber erfreut über den Erhalt des Krankenhauses und die damit verbundene Gewährleistung einer leistungsfähigen Notfallversorgung in Lüdinghausen. Verantwortlich für die Situation sei nicht das Krankenhaus, sondern die Gesundheitspolitik. Ohne die strukturelle Bereinigung hätten die Partner angesichts der roten Zahlen, die das Krankenhaus geschrieben habe, nicht zur Verfügung gestanden. Bzgl. der von den anderen Fraktionen kritisierten Informationspolitik gebe er zu bedenken, dass Bürgermeister Borgmann als Kuratoriumsmitglied natürlich auch der Schweigepflicht unterliege. Dass während der laufenden Verfahrensverhandlungen nichts veröffentlicht wurde, sei auch nachvollziehbar. Das dabei erzielte Ergebnis sollte nun nicht in Frage gestellt werden. Das St.-Marien-Hospital sei schließlich kein kommunales Krankenhaus. Er befürworte den von der Verwaltung vorgeschlagenen Resolutionsentwurf und bedauere die Beratungsresistenz der SPD-Fraktion.

Stv. Grundmann erkundigt sich, ob die Entwicklung des Krankenhauses Auswirkungen auf das geplante Medi-Zentrum habe. Des Weiteren bittet er zu überlegen, ob die Informationspolitik für die Zukunft nicht verbessert werden könne. Das Krankenhaus stehe zwar nicht in kommunaler Trägerschaft, es werde aber de facto wegen der Funktion als

öffentliche Einrichtung gesehen - auch weil die Stadt in den vergangenen Jahren schon finanzielle Hilfen geleistet habe.

Bürgermeister Borgmann erklärt, dass er aufgrund der Verschwiegenheitspflicht keine Informationen an den Rat habe weitergeben können. Als er 2003 gefragt worden sei, habe er lange überlegt, ob er dem Kuratorium beitreten solle. Es sei eine Gewissensfrage gewesen. Er habe sich dann dafür entschieden, da er der Ansicht war, der Stadt und dem Erhalt des Krankenhauses so am besten dienen zu können. In dieser schwierigen Situation wolle er das Schiff nun nicht verlassen und bis zuletzt kämpfen.

Ein anderes Ergebnis hätte nicht erzielt werden können. Bundesweit werde so verfahren. Wenn zu lange gewartet werde, laufe das Krankenhaus Gefahr insolvent zu werden. Dies sei bei anderen Krankenhäusern schon passiert.

Dies bestätigt Stv. Schlütermann. Bürgermeister Borgmann habe durch seine Funktion dabei geholfen, Türen zu öffnen und Verhandlungen zu führen. Hinsichtlich der Anfragen von Stv. Grundmann erklärt er, dass an der Realisierung des Medi-Zentrums festgehalten werde. Für die Zukunft sei ein regerer Informationsaustausch gern möglich.

Stv. Suttrup weist die Vorwürfe der SPD-Fraktion zurück. Er würdigt die Arbeit der Kuratoriumsmitglieder und das von ihnen erreichte Ergebnis. Ein Stopp des Verfahrens würde das gesamte Krankenhaus gefährden.

Auch Stv. Schwarzenberg nimmt zur Informationspolitik Stellung. Wäre die Politik frühzeitig eingebunden worden, hätten evtl. vorhandene Kontakte und Verbindungen genutzt werden können. Auch seien immer noch keine genauen Zahlen genannt worden.

Herr Dr. Nölke entgegnet, dass die Kooperationspartner dies nicht wünschen. Die, die die genauen Zahlen wissen müssten, wüssten sie auch. Es müsse ausreichen, wenn von einem Defizit in sechsstelliger Höhe die Rede sei. Nach dem Verhandlungsende sei die Öffentlichkeit direkt informiert worden. Vorher hätte es aufgrund der Emotionen auch keinen Sinn gemacht. Er sehe hier kein Fehlverhalten.

Bürgermeister Borgmann fügt hinzu, dass die Situation in der Vergangenheit immer wieder anders ausgesehen habe und man die Bevölkerung nicht verunsichern wollte. Auch die Konkurrenzsituation mit den anderen Krankenhäusern sei ein Grund gewesen.

Stv. Spiekermann-Blankertz interessiert sich dafür, wann die neue Abteilung eröffnet wird.

Stv. Schlütermann antwortet, dass alles bereitstehe. Es seien bereits Personalgespräche geführt worden und die ersten Bewerbungen lägen vor. Niemand werde zwischenzeitlich entlassen. Einige der Mitarbeiter müssten allerdings umgeschult werden.

Auf Anfrage von Stv. Meyer zum Alten Borgloh sagt Stv. Schlütermann zu, dass die internistische Abteilung weiterhin angeboten werde. Sie diene auch der Stützung der Akut-Geriatrie. Teilgebiete der inneren Medizin müssten hier zusammenwachsen.

Herr stellv. Bürgermeister Weiland schlägt vor, die Sitzung zu unterbrechen, damit alle Stadtverordneten die Möglichkeit erhielten, die in dieser Sitzung gegebenen Informationen in den Entscheidungsprozess noch mit einfließen zu lassen. Im Interesse der Sache äußert er zudem den Wunsch, der Rat möge nach Möglichkeit zu einem einheitlichen Beschluss kommen.

Die Sitzung wird für 10 Minuten (20.35 - 20.45 Uhr) unterbrochen.

Stv. Spiekermann-Blankertz beantragt, dass über den Antrag seiner Fraktion zuerst abgestimmt wird, da er zuerst eingereicht wurde. Der Ratsvorsitzende verständigt sich mit den anderen Fraktionen darauf, dass über die Vorschläge gem. der in der Sitzungsvorlage genannten Reihenfolge abgestimmt werden sollte.

Beschluss (Resolutionsvorschlag 1):

Der Rat der Stadt Lüdinghausen fordert und unterstützt alle Maßnahmen zum Erhalt des Krankenhauses und zur Sicherung des Krankenhausstandortes Lüdinghausen. Dabei wird der Gewährleistung einer breiten und qualitativ hochwertigen medizinischen Grundversorgung für Stadt und Region ebenso wie dem Erhalt und der langfristigen Sicherung der Arbeitsplätze am St. Marien-Hospital höchste Bedeutung beigemessen.

Soweit die Schließung der Gynäkologie und der Geburtshilfe zum Erhalt des Krankenhauses erforderlich ist, wird dies wegen der besonderen Bedeutung dieser Abteilung für eine ortsnahe Versorgung von Patientinnen und wegen der hervorragenden Leistungen dieser Abteilung zutiefst bedauert. Der Rat unterstützt alle Wege zum Aufbau einer prä- und postnatalen Versorgung von Patientinnen am Standort Lüdinghausen.

Die Verantwortlichen in Bund und Land werden dringend aufgefordert, durch eine Veränderung der Vergütungssystems die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit zukünftig auch in den kleineren Einrichtungen wie dem St. Marien-Hospital eine gynäkologische und geburtshilfliche Grundversorgung angeboten werden kann.

Ja-Stimmen:	26
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	7

Stv. Spiekermann-Blankertz verdeutlicht, dass die Enthaltungen der SPD-Fraktion nicht als Gegenstimmen zu verstehen seien. Die Fraktion habe mit ihrem Entwurf jedoch noch weitergehende Schritte gefordert.

**TOP 2) Berichte**

- Fehlanzeige -

**TOP 3) Anfragen**

- Fehlanzeige -

Da kein Beratungsbedarf für den nichtöffentlichen Teil besteht, wird die Sitzung um 20.50 Uhr geschlossen.

---

Bürgermeister Richard Borgmann  
Vorsitzender (Sitzungseröffnung)

---

Christiane Meermöller  
Schriftführerin

---

Josef Weiland  
Vorsitzender (ab TOP 1)

## Anwesenheitsliste

### zur 25. Sitzung des Stadtrates

### der Stadt Lüdinghausen am 23.10.2007

#### anwesend:

#### Bürgermeister

Borgmann, Richard Bürgermeister	Vorsitz bei der Eröffnung der Sitzung bei TOP 1: Vertreter des Kuratoriums des St.-Marien- Hospitals
------------------------------------	--

#### CDU-Fraktion

Benker, Siegbert	
Frieling, Otto	
Grube, Franz Hermann	
Holz, Anton	
Horstmann, Heinrich	
Kasberg, Bertholt	
Krückendorf, Christoph	
Lorenz, August Bernhard	
Lütke Scharmman, Margret	
Schäper, Gabriele	
Schlütermann, Christoph	bei TOP 1: Vertreter des Kuratoriums des St.-Marien- Hospitals
Schmidt, Knut	
Schnittker, Alois	
Schulze Uphoff, Theo	
Schweer, Wolfgang	
Schwersmann, Margret	
Schwittek, Thomas	
Suttrup, Thomas	
Waldt, Klaus-Dieter Dr.	bei TOP 1: Vertreter des Kuratoriums des St.-Marien- Hospitals
Weiland, Josef	Vorsitz ab TOP 1

**SPD-Fraktion**

Breuer, Herbert	
Friedenstab, Artur	
Kehl, Markus	
Keppers, Erhard	
Kleyboldt, Josephine	
Schulte-Ladbeck, Gerhard	
Spiekermann-Blankertz, Michael	

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Grundmann, Eckart	
Meyer zum Alten Borgloh, Gertrud	
Möller, Norbert	
Mönning, Peter	
Wippich, Rainer	

**FDP-Fraktion**

Reismann, Günter	
Schwarzenberg, Heribert	
Zanirato, Enrico	

**von der Verwaltung**

Bertels, Heinz-Jürgen	
Kortendieck, Matthias	
Meermöller, Christiane	
Scheipers, Ansgar Dr.	

**Gäste**

Nölke, Peter Dr. jur.	Vertreter des Kuratoriums des St.-Marien-Hospitals zu TOP 1
Tenberge, Franz-Bernhard	Vertreter des Kuratoriums des St.-Marien-Hospitals zu TOP 1

**Entschuldigt:**

**SPD-Fraktion**

Voß, Sandra	
-------------	--